

Baltikum

Ein neoliberales Transformationsmodell fordert seine Opfer

Sebastian Leitner

Die baltischen Länder haben 2009 die massivsten Einbrüche der Wirtschaftsleistung aller EU Länder zu verzeichnen gehabt. In Estland und Litauen schrumpfte das BIP jeweils 15%, in Lettland um gar 19%. Im folgenden Artikel soll dargestellt werden, welche Entwicklungen und strukturellen Probleme des baltischen Entwicklungsmodells die Region in eine derart massive Krise geführt haben, der Verlauf der wirtschaftlichen Depression in den letzten zwei Jahren, sowie die wirtschaftspolitischen Reaktionen in Zuge dessen.

Bis 2007 galten die drei Länder des Baltikums als Vorzeigemodelle aufholender wirtschaftlicher Entwicklung, in den Jahren 2000 bis 2007 war das BIP Estlands, Lettlands und Litauens real um jährlich 8,2%, 7,5% und 8,8% im Schnitt gewachsen (Leitner 2008). Davor war durch den Zerfall der Sowjetunion und der darauf folgenden Transformationskrise die Wirtschaftsleistung zwischen 1989 und Mitte der 90er Jahre im Baltikum um etwa 45% gefallen. Im Jahr 1995 lag das BIP/Kopf zu Kaufkraftparitäten gemessen am Durchschnitt der EU-27 noch zwischen 32% in Lettland und 36% in Estland. Der baltische Boom führte jedoch zu einem schnellen Aufholen, bis 2007 war das BIP/Kopf zu PPP auf 58% in Lettland und Litauen und 68% des EU-Durchschnitts in Estland gestiegen. Alle drei Länder wiesen somit ein höheres wirtschaftliches Wohlstandsniveau als jenes Polens auf und Estland zog mit der Slowakei gleich (wiw 2010). Dabei soll jedoch nicht vergessen werden, dass die Einkommen der Haushalte in den baltischen Ländern im Zuge des Wohlfahrtsanstiegs höchst ungleich wuchsen. So hatten z. B. in Lettland, dem EU-Mitgliedsstaat mit der stärksten Ungleichverteilung im Jahr 2008 die bestgestellten 20% der Haushalte 7,3 mal so viel Einkommen, wie die schlechtestgestellten 20%. Der Durchschnittswert der EU 27 beträgt 4,9, jener Österreichs 3,7 (Eurostat 2010).

Das baltische Modell liberaler Transformation

Trotz der vorhandenen Unterschiede zwischen den baltischen Staaten ist doch eine bemerkenswerte Ähnlichkeit in der Transformationspolitik seit Loslösung aus der Sowjetunion zu erkennen. So ist es auch nicht allzu verwunderlich, dass die wirtschaftliche Krise nunmehr in allen drei Ländern ähnlich dramatisch verläuft. In kurzen Schlagworten beschrieben, zeichnete sich das baltische Entwicklungsmodell durch eine starke frühzeitige Öffnung der Waren-, Dienstleistungs-, und Kapitalmärkte gegenüber westlichen Ländern aus (Feldmann 2001), durch fixe Bindung der nationalen Währungen an jene der Handelspartner¹, durch einen raschen Rückzug des Staates aus dem produktiven Bereich, aber teilweise auch aus der Erstellung öffentlicher Güter (Müller 2006), sowie durch eine Reduktion staatlicher Besteuerungstätigkeit. Estland führte als erstes der Transformationsländer im Jahre 1994

eine flat tax von 26% im Bereich der Einkommensbesteuerung ein, einbehaltene Gewinne der Unternehmen wurden von der Besteuerung ausgenommen. Lettland und Litauen folgten auch in diesem Bereich der Wirtschaftspolitik dem nördlichen Nachbarn bzw. den damaligen Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds und führten einen Einheitssteuersatz 1994 bzw. 1997 ein (Leitner 2008). Ein wesentlicher Unterschied zu vor allem mitteleuropäischen Transformationsländern ist in der verfolgten Industriepolitik zu finden. Im Baltikum unterblieb der Versuch gelenkte Industriepolitik durch den Aufbau einer nationalen Kapitalklasse zu betreiben. Vielmehr erwartete man durch die Attrahierung ausländischer Direktinvestitionen eine Verschränkung der Ökonomien mit jenen der west- und nordeuropäischen Länder und dadurch einen Wandel hin zu höherwertigerer Produktion zu erreichen. Der Schutz der heimischen Industrie durch Zoll- und Währungspolitik sowie Subventionierung und staatliche Technologieförderung unterblieben weitgehend (Kattel 2009). Insbesondere Estland stellte bereits ab 1993 ausländische Investoren inländischen bei Privatisierungsverfahren gleich, wodurch Groß- und Infrastrukturunternehmen an strategische Interessenten aus dem Ausland veräußert wurden (OECD 2001, Varblane 2001). Dies wurde nicht nur als wirtschaftspolitisch vorteilhaft gesehen sondern auch als politische Absicherungsstrategie gegenüber russischen Interessen im Baltikum.

Restrukturierung ohne Industrieentwicklung

Wie zu erwarten kam es damit in den baltischen Ländern jedoch zu einer beschleunigten Deindustrialisierung, stärker als dies in den zentraleuropäischen Ländern von Statten ging. Einzig Estland verzeichnete auch höhere Zuflüsse an FDI in den Industriesektor. In Litauen wird das Bild durch das Vorhandensein der einzigen Raffinerie des baltischen Raums, Mazeiku Nafta, die mittlerweile polnische Besitzer aufweist, etwas verzerrt. Estland nahm hierdurch zumindest vorübergehend eine verlängerte Werkbankfunktion für den Mobilfunksektor Finnlands und Schweden ein, es wurden jedoch keine höherwertigen Teile der Produktion angesiedelt (Kattel 2009). Ab etwa 2000 gewinnen jedoch insbesondere in Estland und Lettland die FDI Zuflüsse in die Dienstleistungsbereiche an Bedeutung, vor allem jene in den Finanz- bzw. den Immobiliensektor. So betrug im Jahr 2007 der Anteil jener zwei Bereiche am Gesamtbestand der Direktinvestitionen 60% in Estland bzw. 45% in Lettland (Hunya 2009, wiiw 2009). Zugleich schwand die Bedeutung des industriellen Sektors in der Gesamtwirtschaft. Im Jahr 2008 betrug der Anteil der verarbeitenden Industrie an der Wertschöpfung nur mehr ca. 15% in Estland, in Lettland war er bereits knapp unter 10%. Litauen konnte sich u. a. durch den besseren Zugang zum russischen Markt und den Fortbestand des petrochemischen Sektors im Lande mit ca. 20% einen höheren Industrieanteil erhalten (wiiw 2010). In allen drei Ländern führte jedoch die lang anhaltend starke Konjunktur verbunden mit der Bindung der Währungen an den EURO zu einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, das Produktivitätswachstum konnte mit jenem der Löhne nicht mithalten. Die schwindende Bedeutung der Produktion handelbarer Güter und der auch durch FDI Zuflüsse geförderte Ausbau der Dienstleistungssektoren führten hiermit dazu, dass vor allem in Estland und Lettland hohe strukturelle Handelsbilanzdefizite entstanden.

Finanziarisierung der Ökonomien

Neben FDI Zuströmen, kam es jedoch ab etwa 2000 zu einem immer stärkeren ausländischen Kapitalzufluss vermittelt über den Bankensektor. Bereits in den 1990er Jahren war der Bankensektor zu einem überwiegenden Teil durch ausländische Institute übernommen worden. Im Zuge der Rubelkrise des Jahres 1998/1999 gerieten die in inländischen Händen verbliebenen Banken in Liquiditätsschwierigkeiten und wurden großteils ebenfalls, insbesondere von schwedischen Mutterbanken, übernommen. Als einziges größeres Institut des Baltikums verblieb die zweitgrößte Bank Lettlands, Parex, gestützt durch russische Kapitalgeber, in inländischem Besitz. In der Folge fielen die Zinsspreads zwischen den baltischen und nordischen Kreditmärkten. Wie in anderen zukünftigen Mitgliedsländern der EU kam es in der Folge zu rasch steigenden Kreditengagements der ausländischen Mutterbanken, wobei die Zuflüsse insbesondere in Form von Hypothekarkrediten, stark anstiegen (IMF 2007). Statt einem exportorientierten Modell aufholender Entwicklung setzte sich daraufhin eine importgetriebene Entwicklung durch oder anders betrachtet: statt einer abhängigen Industrialisierung, wie in mitteleuropäischen Transformationsländern ist im Baltikum ein Akkumulationsmodell abhängiger Finanziarisierung zu beobachten (Becker, Jäger 2009).

Die durch die Kapitalzuflüsse gesteigerte inländische Nachfrage führte zu einem Aufbau massiver außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte, so betrug die Leistungsbilanzdefizite im Jahr 2007 in Estland 18%, in Litauen 15% und in Lettland gar 23%. Während sich die öffentliche Hand fiskalischer Disziplin unterzog, stieg die Verschuldung des privaten Sektors sprunghaft an, z. B. in Estland von 2003 30% des BIP auf 2008 90% des BIP. Die Bruttoauslandsverschuldung stieg hierdurch bis 2008 auf 120% des BIP in Estland und 130% in Lettland. In Litauen, wo der Kreditboom erst etwas später einsetzte, entwickelten sich die Auslandsschulden mit 72% des BIP etwas weniger dramatisch (Leitner 2009a, 2009b, EC 2009).

Das baltische Vorspiel zur große Krise und die Anrufung des IWF

Ab Ende 2007 kam es sodann zum gleichzeitigen Auftreten mehrerer Krisenmomente. Zum einen begannen die Immobilienpreise die sich z. B. in Estland zwischen 2003 und 2007 verdreifacht hatten zu fallen. Die Banken reagierten darauf mit eingeschränkter Kreditvergabe. Anlagestrategien, die auf steigende Realitätenkurse gesetzt hatten, begannen restlos unglaubwürdig zu werden. So war Parex, das zweitgrößte Institut Lettlands, ähnlich der isländischen Kaupthing Bank in westlichen Ländern als Direkt-Einlagebank aufgetreten, während sie sich in Lettland und anderen ost-europäischen Staaten bei der Vergabe von Hypothekarkrediten engagierte. Als das Scheitern der Strategie sichtbar wurde, fingen insbesondere ausländische Anleger an, ihre Einlagen abzuziehen. Parex musste die Liquiditätskrise offen legen, ein Konkurs der Bank stand bevor. Aufgrund der bedeutenden Stellung des Instituts für das Land, entschied sich die lettische Regierung zur Übernahme der Mehrheitsanteile. Zugleich war jedoch auch klar, dass die lettischen staatlichen Finanzen hierdurch übermäßig beansprucht würden (Leitner 2009a).

Erst nach dem Platzen der Immobilienblase und dem damit verbundenen Einbruch vor allem der Baukonjunktur erreichte das Baltikum die zweite Krisenwelle, d. h. der weltweite Wirtschaftseinbruch vermittelt über den Rückgang der ausländi-

schen Nachfrage ab Herbst 2008. Im Vergleich 2009 zu 2008 fielen die Warenexporte nominell in allen drei Ländern zwischen 20% und 30% (wiiv 2010).

Beide angeführten Krisenmomente führten zu stark steigenden Kosten der Außenfinanzierung der Volkswirtschaften, die auch 2008, trotzdem die inländische Nachfrage bereits schrumpfte, noch zweistellige Leistungsbilanzdefizite in Prozent des BIP und auch zweistellige Inflationsraten aufwiesen. Darüber hinaus verzeichneten alle drei baltischen Länder bereits 2008, sowie im darauffolgenden Jahr bedeutende Kapitalflucht, für das Jahr 2009 weist die Kapitalbilanz Litauens einen Nettoabfluss von ca. 4,5% des BIP aus, in Estland und Lettland waren es 7,5% bzw. 12%, wobei die Zuflüsse aus dem lettischen Rettungspaket (siehe unten) bzw. aus zusätzlichen Kreditaufnahmen der Regierungen bereits eingerechnet sind (wiiv 2010). In Lettland fielen von Oktober 2008 bis Juni 2009 die Währungsreserven um annähernd 40%, da nach dem Nahezu-Konkurs der Parexbank vor allem gegen den lettischen Lats eine Abwertungsspekulation einsetzte (Leitner 2009a, 2009b).

Um gleichzeitig die Finanzierungserfordernisse zu decken und den angestrebten Kampf zur Aufrechterhaltung der Währungsbindung an den EURO aufnehmen zu können, wandte sich die lettische Regierung an den Internationalen Währungsfonds. Ähnlich dem zuvor geschnürten Rettungspaket für Ungarn ist auch beim Hilfsprogramm für Lettland die EU der größte Gläubiger. Darüber hinaus beteiligten sich auch die nordischen Länder mit etwa 25% am vergebenen Kreditvolumen. Der Notkredit beträgt bei einer vorgesehenen Laufzeit von 6 Jahren gesamt € 7,5 Mrd, was etwa einem Drittel des lettischen BIP im Jahr 2008 entspricht (IMF 2009a). Die Kreditvergabe an die lettische Regierung war, wie bei IWF Notkrediten üblich, mit dem Ziel verbunden, sowohl außenwirtschaftliches sowie öffentliches Defizit so rasch wie möglich einzudämmen. Längerfristige Überlegungen zur Sicherung eines nachhaltigen Wachstums haben, wie aus der Geschichte der IWF-Strukturanpassungsprogramme bekannt, nur wenig Platz. Die am Rettungspaket beteiligte EU Kommission, sowie die nordischen Geberländer hatten darüber hinaus starkes Interesse daran den Wechselkurs des lettischen Lats zu stützen, eine Forderung, die sie auch gegen anders lautende Überlegungen des IWF durchsetzten. Eine Abwertung der Währung hätte kurzfristig größere Verluste für die engagierten Mutterbanken bedeutet, die die nordischen Länder möglichst schützen wollten. Die EU Kommission wiederum hatte offensichtlich Befürchtungen, eine Abwertung könnte zu Währungskrisen in anderen osteuropäischen Ländern führen. Innerhalb der EU standen der ungarische Forint unter Druck und die Krisenresistenz des bulgarischen Currency Board Regimes wurde wie jene der baltischen Staaten zunehmend in Frage gestellt. Selbiges galt u. a. für die Wechselkursbindung der Kroatischen Kuna.

Verteidigung des fixen Wechselkurssystems mit Zähnen und Klauen

Je länger jedoch der Druck gegenüber dem Lettischen Lats durch Kapitalabflüsse bzw. Abwertungsspekulation aufrecht blieb und das Ausmaß der wirtschaftlichen Depression offensichtlich wurde, desto lauter wurden die Stimmen, die eine Abwertung der Währung forderten um der offensichtlichen Überbewertung entgegenzuwirken. Neben den angeführten Interessen führte die lettische Regierung (wie auch jene Estlands und Litauens) immer wieder an, dass eine Änderung des Wechselkurses vor allem den baltischen Schuldnern schaden würde, sind doch die Kreditaufnahmen

der Privaten in allen Ländern (wie auch die Einlagen) zu etwa 80% in EURO denominated. Statt einer plötzlichen Schuldenerhöhung, die im Falle einer Abwertung eintreten würde, fallen nun aber bei Beibehaltung der Hartwährungspolitik in den baltischen Staaten die Einkommen um so schneller, d. h. der reale Schuldenberg steigt für die Gläubiger wie im Fall einer Abwertung (siehe u. a. Becker 2009, Darvas 2009). Dementsprechend kam es vor allem in Lettland bis Ende 2009 zu einem Anstieg der notleidenden Kredite auf 17% der Gesamtschuld des privaten Sektors.

Der Grund dafür, dass es nicht zu einer erzwungenen Abwertung vor allem des lettischen Lats, aber auch der estnischen Krone und des litauischen Litas kam, ist im gleichzeitig erfolgten Einbruch der inländischen Nachfrage zu sehen. Während die Warenexporte im Baltikum 2009 wie erwähnt um 20–30% zurückgingen, brachen die Importe im Jahresvergleich um 30–40% nominell ein, wodurch die Leistungsbilanzen von zuvor hohen Defiziten in Überschüsse drehten. Darüber hinaus ist die Spekulation gegen die Währung einer euroisierten Ökonomie schwierig, wenn wie Falle Estlands und Lettlands bei geringer öffentlicher Verschuldung und großteils in EURO denominierten Einlagen wenige Schuldtitel in nationaler Währung vorliegen, durch deren Umtausch in Fremdwährung ein Druck auf die nationale Währung ausgeübt werden kann. Der Wechselkurs und dessen Abwertung bleibt somit in den baltischen Ländern eine politische Entscheidungsfrage.

Somit verfolgen die baltischen Länder die Strategie außenwirtschaftliche Gleichgewichte mittels »interner Abwertung«, d. h. realer Abwertung durch Deflation zu erreichen. Da die Anpassung von Löhnen und Preisen jedoch einen langsamen Prozess darstellt, heißt dies im Klartext, dass ein massiver Einbruch der Wirtschaftsleistung in Kauf genommen worden ist. Die Anpassung der Löhne erfolgt sodann über den Druck den die steigende Arbeitslosigkeit auf die Arbeitnehmer ausübt (Becker 2009, Darvas 2009). Praktisch führte die Beibehaltung der fixen Wechselkurse im Krisenverlauf jedoch vorerst zu einem Verlust an außenwirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit. Während die osteuropäischen EU-Länder mit flexiblen Wechselkurssystemen ab Herbst 2008 abwerteten, legten die effektiven, realen Wechselkurse der baltischen Länder auch aufgrund des noch höheren Preisauftriebs in der ersten Hälfte 2009 zu. Estland kündete bei Ausbruch der Krise nicht nur ein Festhalten am Currency Board, sondern darüber hinaus die Einführung des EURO bereits im Jahr 2011 an. Der vermeintlich sichere Hafen der Einheitswährung wird als Rettungsanker für das Land anvisiert und dementsprechend eine fiskalische Austeritätspolitik inmitten der Weltwirtschaftskrise verfolgt. Da Estland in der Phase hoher Wachstumsraten Budgetüberschüsse erzielte, kann die Defizitgrenze von 3% durch Auflösung von Rücklagen für 2009 auch erreicht werden.

Fiskalische Austerität inmitten der Depression

Statt fiskalische Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur zu ergreifen, wie dies in den meisten westlichen und nordischen EU Ländern der Fall war, setzten alle baltische Staaten prozyklische Maßnahmen ein, um die entstehenden Budgetdefizite in den Griff zu bekommen. Dies war ein weiterer, wesentlicher Faktor für die Tiefe des Wirtschaftseinbruchs in den drei Staaten.

Zum einen ist die automatische Stabilisatorfunktion der fiskalischen Instrumente in den baltischen Ländern generell ungleich weniger stark ausgebaut als in den

meisten anderen EU-Mitgliedsländern. Dies liegt zum einen am geringeren Niveau der Sozialleistungen, dem flat tax System in der Einkommensbesteuerung und den niedrigen Staatsquoten allgemein. Statt im Zuge der Boomjahre wohlfahrtstaatliche Leistungen auszubauen, reduzierten die Länder ihre flat tax Raten, wodurch die Einnahmenquoten aller drei Länder bei im Schnitt 35% des BIP verblieben. Im Vergleich dazu liegt die durchschnittliche Quote der EU-15 bei etwa 45% (AMECO 2009). Hierdurch erfolgt in den baltischen Ländern bei Konjunkturrückgang eine geringe Nachfragestabilisierung durch staatliche fiskalische Regelbindung. Zum zweiten wuchsen die Finanzierungskosten der staatlichen Kreditaufnahme in den EU-Ländern außerhalb des EURO-Raums ungleich stärker an, als jene der Länder mit EURO. Dies bedeutet, dass sich die kurzfristige Verschuldung zur Stabilisierung der Binnennachfrage als Option zur Krisenbewältigung für Länder außerhalb des EURO-Raums schwieriger darstellte, wobei der Schuldenstand der öffentlichen Hand mit 4,5% des BIP in Estland und 16% in Litauen im Jahr 2008 jedoch noch einigen Raum zur Neuverschuldung zugelassen hätte. Nur in Lettland stiegen die Schulden durch die staatliche Übernahme der Parex Bank von Ende 2007 9% des BIP auf ca. 35% Ende 2009 sprunghaft an (wiw 2010).

Im Falle Lettlands wurden die prozyklischen Maßnahmenpakete von IWF und EU nachdrücklich eingefordert und im Laufe des Jahres 2009 zwei Mal Kredittranchen zurückbehalten um weitere Ausgabenkürzungen zu erzwingen. Jedoch beschlossen die Regierungen und Parlamente sowohl Estlands als auch Litauens annähernd gleich strenge Austeritätsprogramme. Im Bereich der Einnahmen beinhalteten diese in allen drei Ländern eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte, die Anhebung der Verbrauchsteuern, eine weitreichende Streichung von Ausnahmeregelungen in der Einkommensbesteuerung, sowie die Absenkung der unbesteuerten Freibeträge. Im Ausgabenbereich wurden massive Kürzungen der Gehälter öffentlich Bediensteter vorgenommen und Pensions-, Gesundheits- und Familienleistungen reduziert. In Lettland kam es darüber hinaus zu Entlassungen im Gesundheits-, als auch Bildungsbereich verbunden mit der Schließung von Spitälern und Schulen. Insgesamt betrug die Sparpakete der öffentlichen Hand im Jahr 2009 in Estland und Litauen ungefähr 7,5% des BIP, in Lettland knapp über 11%. Entgegen anfangs lancierten Überlegungen lehnten es die Regierungen im Endeffekt ab, die Steuereinnahmen durch Einführung progressiver Einkommensbesteuerung zu erweitern. Auch bei der Budgeterstellung für 2010 wurden weitere Kürzungen der Ausgaben und Steuererhöhungen eingeplant, im Falle Lettlands wiederum unter massivem Druck des IWF (IMF 2009a, 2009b, 2010).

Geringer Widerstand trotz dramatischer sozialer Auswirkungen

Mit Ausnahme eines fliegenden Wechsels der Regierung Lettlands Anfang 2009, einer Regierungsumbildung in Estland und phasenweise auftretenden Demonstrationen blieb der politische Widerstand gegen die Verabschiedung der dramatischen Sparpakete in allen drei Ländern relativ gering. Dies spiegelt die mangelnde Differenziertheit der politischen Landschaft im Baltikum (siehe u. a. Smith, Pabriks, Purs, et al. 2002). Parteien links der politischen Mitte schafften es nie sich durchzusetzen, zum einen wurden selbst sozialdemokratisch etatistische Ideen wie sie in Skandinavien vorherrschen nach Loslösung von der Sowjetunion generell verbrämt, zum zweiten

besitzt ca. die Hälfte der russischsprachigen Bevölkerung Estlands und Lettlands (ca. 15% der Gesamtbevölkerung) nicht die Staatsbürgerschaft und hat damit kein Wahlrecht (Leitner 2008). National-liberale bis –konservative Diskurse hatten somit freie Bahn, die neoliberale Entwicklungsstrategie musste sich nie einem kritischen Diskurs stellen. Das bedeutet jedoch nicht dass die baltische Parteienlandschaft sonderlich stabil ist. Im Gegenteil, ist eine relativ zügige Abfolge von Regierungen zu beobachten und eine lebendige Parteineugründungstätigkeit, jedoch wird ideologisch und teilweise auch personell immer aus dem gleichen Topf geschöpft.

Der weiter oben beschriebene zeitgleiche Einbruch inländischer privater wie staatlicher sowie außenwirtschaftlicher Nachfrage führte zu dramatischen Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten der baltischen Länder. Bis Ende des Jahres 2009 stieg die Arbeitslosigkeit (nach EU LFS-Methode) in Lettland auf 23% an, in Estland und Litauen betrug sie jeweils 16%. Die regionalen Unterschiede sind hierbei jedoch enorm. In den kleineren Industriestätten und ländlicher geprägten Regionen im Osten Lettlands schnellte die Arbeitslosenrate bereits auf über 30%. Das schwach ausgebaute wohlfahrtstaatliche Netz führt nicht nur dazu, dass nur ein geringer Einkommensersatz bei Arbeitsverlust besteht (Barr 2005), sondern auch, dass im Verlauf des Jahres 2010 ein großer Teil der Arbeitslosen keine Versicherungsleistungen mehr beziehen wird können. Dies lässt erwarten, dass ein Teil der Erwerblosen in die Emigration Richtung Westen aufbrechen wird. Bereits bei und kurz nach dem Beitritt zur EU erfolgte eine bedeutende Welle der Migration aus den baltischen Ländern. Zwischen 2003 und 2007 emigrierten ca. 1,5% der estnischen und lettischen Arbeitskräfte, in Litauen waren es gar 4,7%, im Vergleich dazu in Polen 4,5% (Brücker et al. 2008). Trotz derzeit hoher Arbeitslosigkeit auch in Großbritannien und Irland zeigt die Statistik dieser Länder zur Neuregistrierung von Arbeitssuchenden, dass sich die Zuwanderung aus Lettland bereits 2009 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hat.

Conclusio

Das baltische Entwicklungsmodell führte durch Kombination von weitgehender Liberalisierung und staatlichem Rückzug verbunden mit der Währungsbindung statt zu einer nachhaltigen, aufholenden Entwicklung durch Aufbau produktiver Kapazitäten zu einem kurzfristigen Boom des Konsums, befördert durch ausländische Kapitalzuflüsse. Die so erzeugten außen- wie binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichte ließen bereits nach Platzen der Immobilienblasen ab Anfang 2008 eine Rezession im Baltikum entstehen. Insbesondere die ab Ende 2008 ergriffenen fiskalpolitischen Maßnahmen wirkten krisenverstärkend. Die nicht genutzte Chance einer Abwertung der Währungen löste einerseits eine wahrscheinlich länger andauernde Phase der Deflation aus, gleichzeitig wird jedoch der durch einen Rückgang des realen Wechselkurses erhoffte Zugewinn an Wettbewerbsfähigkeit erst mittelfristig erreicht werden. Dies und der abzubauenen Schuldenberg der Haushalte und Unternehmen werden die inländische Nachfrage und damit die Wachstumsdynamik in der Region noch auf längere Zeit dämpfen. Dies bedeutet auch, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit trotz zu erwartender steigender Emigration in weite Ferne rückt und die im Vergleich zum EU-Schnitt prekäre Armutssituation in den Baltischen Staaten sich weiter verschlechtern wird. Eine Rückkehr zu Wachstumsraten des BIP, wie sie in der Phase

2000 bis 2007 beobachtbar waren, ist nicht nur unrealistisch, sondern auch nicht wünschenswert, würde dies doch bedeuten, dass ein weiterer durch ausländische Kapitalzuflüsse induzierter Konsum- und Schuldenzyklus startet.

Literatur

- Barr, N. (2005) Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe, The Accession and Beyond, The World Bank, Washington D.C.
- Becker, J./ Jäger, J. (2009) Die EU und die große Krise, in: Prokla, 39 (4), S. 541-558.
- Becker, T. (2009) Latvia's options – Internal versus external devaluation, Policy brief, Stockholm Institute of Transition Economics.
- Brücker, H. et al. (2008) Labour mobility within the EU in the context of enlargement and the functioning of the transitional arrangements, Study for the European Commission, Brussels.
- Darvas, Z. (2009) The Baltic challenge and EURO-area entry, Bruegel policy contribution, Issue 2009/13, Brussels.
- EC (2009) European Economy, Autumn 2009, European Commission, Brussels.
- Feldmann, M. (2001) From the Soviet Union to the European Union, BOFIT Online No. 1/2001, BOFIT, Helsinki.
- Hunya, G. (2009) FDI in the CEECs under the Impact of the Global Crisis: Sharp Declines, wiiw Database on Foreign Direct Investment in Central, East and Southeast Europe, wiiw, Vienna.
- IMF (2010) Republic of Estonia: Staff Report for the 2009 Article IV Consultation, IMF Country Report No. 10/4, Washington, D.C.
- IMF (2009a) Republic of Latvia: First Review and Financing Assurances Review Under the Stand-By Arrangement, Requests for Waivers of Nonobservance of Performance Criteria, and Rephasing of Purchases Under the Arrangement, IMF Country Report No. 09/297, Washington, D.C.
- IMF (2009b) Republic of Lithuania: Staff Report for the 2009 Article IV Consultation, IMF Country Report No. 09/322, Washington, D.C.
- IMF (2007) Financial Integration in the Nordic-Baltic Region, Washington, D.C.
- Kattel, Rainer (2009) The rise and fall of the Baltic states, in: Development & Transition No. 13/2009, UNDP, Bratislava and LSE, London, S. 11-13.
- Leitner, S. (2009a) Baltic States: squashed hopes in the realm of depression, in: Gligorov, V., Pöschl, J., Richter, S., et al.: Where Have All the Shooting Stars Gone?, Current Analyses and Forecasts 4, wiiw, Vienna, S. 59-68.
- Leitner, S. (2009b) Baltic States: in the midst of depression, in: Monthly report 10/09, wiiw, Vienna, S. 24-29.
- Leitner, S. (2008) Aufstieg und Fall der baltischen Tiger, in: Kurswechsel, Nr. 2, S. 56-66.
- Müller, K. (2006) The Political Economy of Pension Privatisation in the Baltics, in: Fultz, E.: Pension Reform in the Baltic States, ILO, Budapest, S. 397-420.
- OECD (2001) OECD reviews of foreign direct investment, Estonia, OECD, Paris.
- Smith, D., Pabriks, A., Purs, A., Lane, T. (2002) The Baltic States, Routledge, London.
- Varblane, U. (2001) Foreign Direct Investment in the Estonian economy, Tartu University Press, Tartu.

Daten

Die angegebenen Daten entstammen, sofern nicht anders angegeben, folgenden Quellen:

- AMECO (2009) http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/ameco/index_en.htm (download 28. 10. 2009).
- Eurostat (2010) <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/> (download 28. 1. 2010).
- SIEE (2008) Estnisches Statistisches Institut: <http://www.stat.ee/?lang=en> (download 28. 1. 2010).
- SILV (2008) Lettisches Statistisches Institut: <http://www.csb.lv/avidus.cfm?lng=en> (download 28. 1. 2010).
- wiiw (2010) wiiw Annual Database, Vienna.

wiiw (2009a) wiiw Database on Foreign Direct Investment in Central, East and Southeast Europe, Vienna.

Anmerkung

- 1 In Estland und Litauen erfolgte die Währungsbindung in Form eines Currency Boards ab 1992 bzw. 1994, in Lettland in Form eines Hard Peg Systems ab 1994, welches praktisch wie ein Currency Board geführt wurde. Die Schwankungsbreite des Lettischen Lats gegenüber dem EURO beträgt jedoch +/- 1%.